

## Beschlussantrag

**der Gemeinderätin Bettina Emmerling und weiterer Abgeordneter**

**betreffend biologisch abbaubarer Hundekot-Sackerln**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post 1 (Spezialdebatte Umwelt und Wiener Stadtwerke) in der 71. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 29. und 30.6.2020**

Im Regierungsprogramm Rot-Grün 2 findet man unter Kapitel 9 "WIEN LEBT: UMWELT & KLIMA, GRÜNRÄUME UND MÄRKTE" folgenden Punkt: Plastiksackerln sind ein weltweites ökologisches Problem. Wien setzt sich für ein bundesweites Verbot von Plastiksackerln ein und will bis dahin im eigenen Wirkungsbereich die Verwendung von unnötigen Plastiksackerln einschränken.

Das bundesweite Verbot des Inverkehrsetzens von Kunststofftragetaschen gibt es in Österreich seit 1. Jänner 2020. Das Verbot wird jährlich eine Menge von 5000 bis 7000 Tonnen Plastikmüll einsparen. Das bundesweite Verbot umfasst keine Müllsäcke, Hundesackerln oder Gefrierbeutel.

Die Einschränkung der Verwendung von unnötigen Plastiksackerln im Wirkungsbereich der Stadt Wien ist allerdings noch ausbaufähig. In Wien werden laut Angaben der "Waste Watcher" täglich über 100.000 "gefüllte" Hundekotsackerln aus Polyethylen entsorgt. Leider wurde bisher noch nicht daran gedacht, nur mehr solche Sackerln zur Verfügung zu stellen, die komplett abbaubar sind. Einerseits könnte dadurch die energieintensive Produktion von Polyethylen reduziert werden und auch liegen gelassene oder unsachgemäß entsorgte Kotsackerln würden eine verminderte Gefährdung für Umwelt und Tiere bedeuten. Natürlich müssten auch abbaubare Sackerln zukünftig im Restmüll entsorgt werden.

Im Sinne der Vorbildwirkung der Stadt Wien wäre eine Umstellung dringend geboten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Umstellung der Hundekot-Sackerln auf biologisch abbaubares Material aus. Die zuständigen Stellen der Stadt sollen die entsprechenden Vorkehrungen treffen, dies frühestmöglich umzusetzen.

*In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.*

Wien, 30.06.2020

